

stiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) wird sich demnächst mit dem Fahren unter Drogeneinfluss befassen. Dabei wird das Problem der Kontrolle sicher auch einen wichtigen Diskussionspunkt darstellen.

2. Die Existenz von Drogen im Körper kann mittels Blut-, Harn- und Speichelproben nachgewiesen werden. Indessen bereitet die Ermittlung der Konzentration Schwierigkeiten. Die vom EJPD eingesetzte Blutalkoholanalyse-Kommission steht deshalb seit Ende 1988 mit einer von der Schweizerischen Gesellschaft für gerichtliche Medizin und der Vereinigung der Leiter der Laboratorien zur Blutalkoholbestimmung gemeinsam gebildeten Kommission in Kontakt. Diese befasst sich gegenwärtig mit der Entwicklung und Erprobung von Verfahren zur Feststellung der Konzentration einzelner Drogen. In einer zweiten Phase soll dann die Beziehung zwischen Dosis und Wirkung auf den Menschen, insbesondere auf die Fahrfähigkeit, untersucht werden. Schwierigkeiten bereitet in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass sich sowohl interne Einflüsse (z. B. Müdigkeit, psychische Stressfaktoren) als auch externe (z. B. Einnahme von anderen Drogen, Alkohol, Medikamenten) nicht auf alle Menschen gleich auswirken. Erst wenn diese Probleme gelöst sind, wird es möglich sein, entsprechende Grenzwerte festzulegen.

3. Alkohol wird vom Körper linear um ca. 0,1 Gewichtspro mille pro Stunde abgebaut. Drogen werden dagegen nicht linear, sondern in Funktion von Drogenkonzentration und Zeit abgebaut. Man spricht von der Halbwertszeit. Da ist diejenige Zeit, die vergeht, bis sich die Höchstkonzentration um die Hälfte verringert hat. Theoretisch wird die Droge also nie ganz abgebaut, ist aber unter einer bestimmten Konzentration nicht mehr messbar. Die verschiedenen Substanzen haben unterschiedliche Halbwertszeiten, die zudem von Mensch zu Mensch variieren. Im Harn ist der Konsum von Drogen am längsten nachweisbar (bei Cannabis bis zu einer Woche); indessen taugt er nicht zur Feststellung der Konzentration. Diese lässt sich nur im Blut verlässlich ermitteln.

4. Gemäss der vom Bundesamt für Statistik herausgegebenen Broschüre «Strassenverkehrsunfälle in der Schweiz» stand 1989 bei 163 von insgesamt 76 743 Unfällen der Unfallverursacher unter Drogeneinfluss. Man darf sich von dieser kleinen Zahl jedoch nicht täuschen lassen. Amerikanischen und kanadischen Untersuchungen zufolge ist ein grosser Teil der Drogenkonsumenten zusätzlich alkoholisiert. Gerade diese Fälle dürften kaum in der Rubrik «Einfluss von Drogen» erscheinen, weil der Nachweis des Drogenkonsums bei geringen Konzentrationen schwierig ist und zudem kaum Rückschlüsse auf das Fahrverhalten zulässt. Die Behörden lassen es in diesen Fällen wohl bei der Bestrafung wegen Fahrens in angetrunkenem Zustand bewenden. Bei Motorfahrzeugführern, die ausschliesslich Drogen konsumiert haben, dürfte zudem ein bestimmter Prozentsatz in der Statistik unter den übermüdeten Unfallverursachern zu finden sein. Gesicherte Erkenntnisse liegen aber nicht vor.

5. Wer fährt, obwohl er nach Drogen- oder Medikamentenkonsum fahruntfähig ist, macht sich strafbar und der Führerausweis wird ihm entzogen.

Gemäss Artikel 31 Absatz 2 SVG in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1 VRV darf kein Fahrzeug führen, wer wegen Einwirkung von Drogen fahruntfähig ist. Die Widerhandlung stellt einen Uebertretungstatbestand dar und wird mit Haft oder Busse bestraft. Mit Gefängnis (oder Busse) bestraft wird, wer durch grobe Verletzung dieser Verkehrsregel eine ernstliche Gefahr für die Sicherheit anderer hervorruft oder in Kauf nimmt (Art. 90 Ziff. 2 SVG).

Bei nur gelegentlichem Drogenkonsum kommt ein befristeter Warnungsentzug gemäss Artikel 30 Absatz 2 VZV, in leichten Fällen allenfalls eine Verwarnung (Art. 31 Abs. 2 VZV) in Frage. Dem wegen Trunksucht oder anderen Süchten zum Führen eines Motorfahrzeuges ungeeigneten Führer wird der Führerausweis aus Sicherheitsgründen auf unbestimmte Zeit entzogen. Das Bundesgericht subsumiert unter den Begriff Sucht auch den «chronischen Drogenkonsum» (BGE 115 Ib 328 = Pr 78 Nr. 258), selbst wenn keine Abhängigkeit besteht. Dabei ist stets die potentielle Gefahr, die vom Drogenkonsumenten ausgeht, massgebend. Die blosse Möglichkeit einer späteren

Gefährdung genügt für einen Sicherungsentzug nicht (BGE 105 Ib 385 = Pr 69 Nr. 242). Beim Sicherungsentzug wird der Führerausweis frühestens nach Ablauf der angeordneten Bewährungsfrist (mindestens 1 Jahr) wiedererteilt, beim Warnungsentzug beträgt die Mindestdauer einen Monat. Mit der Frage der einheitlichen Anwendung in den Kantonen befassen sich die Konferenz für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (KAM) und die oben (Ziff. 1) erwähnte KKJPD.

6. Es besteht keine Statistik über die Zahl der von den kantonalen Gerichtsbehörden ausgefallten Strafen wegen Fahrens unter Drogeneinfluss. Dafür liegen Angaben über die Anzahl der strassenverkehrsrechtlichen Administrativmassnahmen (Führerausweisentzüge usw., ohne Verwarnungen) vor: Wegen Einfluss von Medikamenten und Drogen sowie wegen Drogensucht wurden 1987 767, 1988 1064 und 1989 1076 Administrativmassnahmen ausgesprochen.

7. Zwar genügen die Vorschriften in Gesetz und Verordnung, um das Führen von Fahrzeugen unter Drogeneinfluss zu ahnden (Strafe, Führerausweisentzug). Es fehlt aber zurzeit eine einheitliche und präzise Regelung der Feststellung der Drogen und der Beurteilung ihrer Wirkung auf das Fahrverhalten. Mit der Vorbereitung der hierfür notwendigen Grundlagen befassen sich die bereits erwähnte Fachkommission sowie die zuständigen behördlichen Instanzen. Erst wenn die Ergebnisse der Arbeiten dieser Gremien vorliegen, kann an eine präzisere Regelung durch Verordnungsänderung oder Richtlinien gedacht werden.

**Loeb:** Das Fahren nach Drogenkonsum gefährdet andere Verkehrsteilnehmer in hohem Masse. Es fehlen in unserem Lande entsprechende Bestimmungen. Eine Kommission prüft zurzeit die Situation. Erst nach den Ergebnissen der Kommission kann eine präzisere Regelung oder eine entsprechende Verordnung erlassen werden. Ich bitte den Bundesrat, möglichst rasch zu handeln. Es stehen Menschenleben auf dem Spiel, die es nicht erlauben, die Frage in einer Kommission blockiert zu lassen.

**Präsident:** Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

90.375

### Interpellation Carobbio Politische Fichen im EMD

Interpellanza Carobbio  
Schedari politici del DMF.  
Dichiarazioni on. Villiger

Interpellation Carobbio  
Fichiers politiques du DMF.  
Déclarations du conseiller fédéral Villiger

Wortlaut der Interpellation vom 5. März 1990

An der Pressekonferenz vom 14. Februar dieses Jahres hat Bundesrat Villiger zugegeben, dass im EMD politische Fichen über den Zeitraum 1967–1977 existierten. Er fügte hinzu, diese seien dann vernichtet worden, wahrscheinlich auch infolge der Einfachen Anfrage des Unterzeichners vom 16. März 1977 (Polizei-Auskünfte in der Armee Nr. 77.634 mit Antwort des Bundesrates am 6. Juni 1977). In dieser Anfrage, in der auf die Existenz eines Formulars Nr. 5.11, «Polizeilicher Führungsbericht», hingewiesen wird, mit dem Informationen über allfällige («extreme») politische Betätigung der Soldaten gesammelt wurden, stellte ich die Frage, wie viele Personen katalogisiert wurden und ob eine Kartei mit derart gesammelten Informationen existiere.

In seiner Antwort hält der Bundesrat kategorisch fest:

– «Bei der Armee gibt es kein Verzeichnis mit politischen Angaben zur Person.»

– «Die militärische Kontrollführung erfasst weder die politische Tätigkeit des Wehrmanns noch dessen allfällige Zugehörigkeit zu einer politischen Partei.»

Die Erklärungen von Bundesrat Villiger stehen in einem eklatanten Widerspruch zur Stellungnahme der Regierung von 1977. Zudem wird gesagt, dass die Kartei auch infolge der Fragen, die ich in meiner Einfachen Anfrage aufgeworfen hatte, vernichtet worden ist. Aber von einem solchen Entscheid war weder in dem Geschäftsbericht die Rede, noch wurde ich davon unterrichtet (eine solche Information hätte die Angaben des Bundesrates vom 6. Juni 1977 widerlegt).

Deswegen stellt der Unterzeichner dem Bundesrat folgende Frage:

1. Wie war es möglich, dass auf eine offizielle Anfrage aus dem Parlament dermassen falsche Antworten gegeben wurden? Warum ist diese falsche Antwort nie richtiggestellt worden?
2. Wie war es möglich, dass man derart falsch informierte, während man gleichzeitig alle politischen Informationen über die Soldaten mittels eines offiziellen Formulars sammelte, das mit erklärenden Bemerkungen für den Gebrauch durch die Polizei versehen war?
3. Wer hat die Entscheidung getroffen, die Kartei zu vernichten, und warum sind der Vorsteher des Departementes und der Bundesrat darüber nicht informiert worden?
4. Sind das Formular 5.11 und die zugehörige erläuternde Anweisung noch in Gebrauch, und, wenn ja, wo landen die gesammelten Informationen?
5. Welche konkrete Garantie kann er geben, dass die fragliche Kartei tatsächlich nicht mehr existiert und nie wieder neu aufgebaut wird?

#### *Testo dell'interpellanza del 5 marzo 1990*

Alla conferenza stampa del 14 febbraio u.s. il Consigliere federale on. Villiger ha riconosciuto l'esistenza di schedari politici presso il DMF per il periodo 1967–1977. Ha anche aggiunto che gli stessi sarebbero stati poi distrutti, probabilmente anche in seguito a un'interrogazione ordinaria del sottoscritto del 16 marzo 1977 (Renseignements recueillis par l'armée auprès de la police, no 77634) alla quale il Consiglio federale aveva risposto il 6 giugno 1977.

In quell'interrogazione, richiamando l'esistenza di un formulario no 5.11 denominato «renseignements de police» con il quale si raccoglievano informazioni sulle attività politiche («estremiste») dei soldati, si chiedeva quante erano le persone schedate e se esisteva uno schedario contenente le informazioni così raccolte.

Nella sua risposta il Consiglio federale affermava categoricamente:

– «l'armée n'établit pas de fiches politiques»,

– «la tenue de contrôles militaires ne concerne ni l'activité politique du militaire, ni son appartenance éventuelle à un parti politique.»

Le dichiarazioni dell'on. Villiger smentiscono clamorosamente la presa di posizione del Governo del 1977. Si sostiene inoltre che lo schedario sarebbe stato distrutto anche in seguito alle questioni sollevate dalla mia interrogazione ordinaria. Di tale decisione non è però mai stata data informazione alcuna né nei rapporti di gestione, né al sottoscritto interrogante, anche se essa era tale da smentire le affermazioni del 6 giugno 1977 del Consiglio federale.

Il sottoscritto chiede perciò al Consiglio federale:

1. Di spiegare in modo chiaro come è stato possibile che in risposta a un atto parlamentare venissero date risposte tanto inveritiere e come mai la risposta sbagliata non è mai stata corretta?
2. Come era possibile dare tali informazioni inveritiere quando la raccolta di informazioni politiche sui militari avveniva sulla base di formulari ufficiali accompagnati da note esplicative per l'uso da parte delle autorità di polizia?
3. Chi ha preso la decisione di distruggere lo schedario e perché il capo del Dipartimento e il Consiglio federale non ne sono stati informati?

4. Se il formulario 5.11 e la relativa nota esplicative sono ancora utilizzati e in caso affermativo dove finiscono le informazioni raccolte?

5. Quali garanzie precise può dare che lo schedario in questione non esiste effettivamente più e non sarà mai ricostituito?

#### *Texte de l'interpellation du 5 mars 1990*

A la conférence de presse du 14 février dernier, le conseiller fédéral Villiger a reconnu l'existence de fichiers politiques au DMF qui auraient couvert la période 1967–1977. Il a ajouté que ces fichiers auraient ensuite été détruits, peut-être à la suite de notre question ordinaire du 16 mars 1977 (CN77.634 Renseignements recueillis par l'armée auprès de la police), à laquelle le Gouvernement avait donné une réponse écrite le 6 juin 1977.

Dans cette question, nous mentionnons l'existence d'un formulaire 5.11 dénommé «renseignements de police», dans lequel on recueillait des informations sur les activités politiques «extrémistes» de soldats, et nous demandions quel était le nombre de personnes fichées et s'il existait un fichier rassemblant les données ainsi recueillies.

Dans sa réponse, le Conseil fédéral affirmait catégoriquement que:

– l'armée n'établit pas de fiches politiques,

– la tenue de contrôles militaires ne concerne ni l'activité politique du militaire, ni son appartenance éventuelle à un parti politique.

Les déclarations du conseiller fédéral Villiger apportent un démenti flagrant à la déclaration gouvernementale de 1977. On prétend aussi que le fichier serait détruit à la suite des questions soulevées dans mon intervention. Pourtant, aucune information n'a été publiée dans l'un ou l'autre rapport annuel de gestion sur une éventuelle décision en ce sens, pas plus qu'en réponse au soussigné. Une telle information aurait d'ailleurs constitué un démenti aux affirmations du 6 juin 1977.

C'est pourquoi je demande au Conseil fédéral de dire:

1. Comment il est possible qu'en réponse à une question d'un député on ait affirmé de telles contre-vérités et que la réponse inexacte n'ait jamais été démentie?
2. Comment il a été possible de donner des informations aussi mensongères alors que la collecte d'informations politiques sur les militaires se faisait sur des formulaires officiels accompagnés de notes explicatives à l'usage de l'autorité de police?
3. Qui a pris la décision de détruire le fichier et pourquoi ni le chef du département ni le Conseil fédéral n'en ont été informés?
4. Si le formulaire no 5.11 et la note explicative sont encore utilisés et dans l'affirmative que deviennent les renseignements ainsi recueillis?
5. Quelles garanties peut-il donner que le fichier en question n'existe réellement plus et qu'il ne sera jamais reconstitué?

#### *Mitunterzeichner – Cofirmatari – Cosignataires:*

Keine – Nessuno – Aucun

#### *Schriftliche Begründung – Motivazione scritta – Développement par écrit*

L'autore rinuncia alla motivazione e desidera una risposta scritta.

#### *Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

vom 28. November 1990

*Risposta scritta del Consiglio federale*

del 28 novembre 1990

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

du 28 novembre 1990

Il Consiglio federale rimanda al rapporto della Commissione parlamentare d'inchiesta del DMF, che risponde a tutte le domande degli interpellanti.

**Präsident:** Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

## **Interpellation Carobbio Politische Fichen im EMD**

## **Interpellation Carobbio Fichiers politiques du DMF. Déclarations du conseiller fédéral Villiger**

## **Interpellanza Carobbio Schedari politici del DMF. Dichiarazioni on. Villiger**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1990
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.375
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.12.1990 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2461-2462
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 379

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.